

## XVI.

## Rumänien.

17. Februar. (Ministerkrisis.) Infolge eines Angriffs des Kammerpräsidenten Lecca auf das Abkommen der Regierung mit der Nationalbank über Verlängerung des Bankprivilegiums bis zum Jahre 1912 reicht das Kabinet seine Entlassung ein.

Auf Ersuchen des Königs und nach einer Verständigung der Mehrheiten beider Kammern mit dem Kammerpräsidenten zieht das Kabinet die Entlassung zurück.

3. März. Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Serbien und Bulgarien in Bukarest.

6. April. Die Regierung erklärt auf eine Anfrage Österreichs, die vorläufige Verlängerung des ablaufenden Handelsvertrages sei aus parlamentarischen Rücksichten unmöglich.

21. April. Budget.

Die Erfordernisse des rumänischen Staatshaushalts sind nach dem Budgetgesetze für 1886/1887 im Gegenhalte zum Budget von 1881/1882 von 120,76 auf 194,24 Millionen Franken gestiegen. Der Hauptanteil an dieser Steigerung fällt auf die von 47,76 auf 57,54 Millionen gestiegenen Erfordernisse der öffentlichen Schuld, auf die von 11 auf 13,12 Millionen erhöhten Ausgaben des Unterrichtsministeriums und auf das von 26,32 auf 28,55 Millionen erhöhte Kriegsbudget. Die Erhöhung der öffentlichen Schuld ist eine Folge der neuen Rentenausgaben und zum Teil auch des Goldagio, durch welches letzteres die von Rumänien in Gold zu bezahlenden Zinsen und Tilgungen wesentlich gestiegen sind. Das Budget für 1886/1887 beziffert die Einnahmen mit 138,23 Millionen, was im Gegenhalt zu dem Budget von 1881/1882 eine Zunahme der Staatseinkünfte um 18,23 Millionen ergibt. Diese Zunahme beruht hauptsächlich in der zwischen 1881/1882 und 1886/1887 erfolgten Steigerung der indirekten Steuern von 45,98 auf 62,63, der direkten von 26,83 auf 27,64 Millionen. Der für 1886/1887 erwartete Budgetüberschuß von 3,99 Millionen soll zur Deckung des Fehlbetrages von 1884/1885 verwandt werden.

Anfang Mai. Der Kriegsminister Angelesku reist zur Begrüßung des Zaren mit einem königlichen Briefe nach Livadia. Die ursprünglich beabsichtigte Entsendung des Ministerpräsidenten Bratiano wird aus politischen Gründen aufgegeben.

13. Mai. Abbruch der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Österreich-Ungarn (vgl. Österreich-Ungarn).

22. Mai. Die Kammer nimmt den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über den autonomen Zolltarif mit großer Mehrheit an und ermächtigt durch ein Amendement die Regierung die Zolllasten nach Ermessen noch um 30% zu erhöhen.